

Politische Einstellung und Beurteilung des politischen Krisenmanagements während der Corona-Pandemie von Erstwählern:

Ausgewählte Ergebnisse der dritten bundesweiten Umfrage unter Abiturientinnen und Abiturienten der Jahrgänge 2020 und 2021

Eckdaten

Form: Nicht-repräsentative, onlinebasierte Umfrage

Erhebungszeitraum: 30.08.-20.09.2021

Teilnehmer*innen: Abiturient*innen aller Schulformen der Jahre 2020 und 2021 in ganz Deutschland

Versendete Einladungen: 120.000 via Mail

Geöffnet: 15.811

Begonnen: 12.032

Antworten: 7654

Rücklaufquote / Completion Rate: 63,6%

Durchschnittliche Bearbeitungszeit: 14:34 Minuten

Kontakt

Tim Rogge,
Fakultät für Kulturwissenschaften der Universität
Paderborn

E-Mail:
tim.rogge@upb.de

Telefon:
+49 (0) 175 1117727

Johannes Kautz,
Abihome GmbH

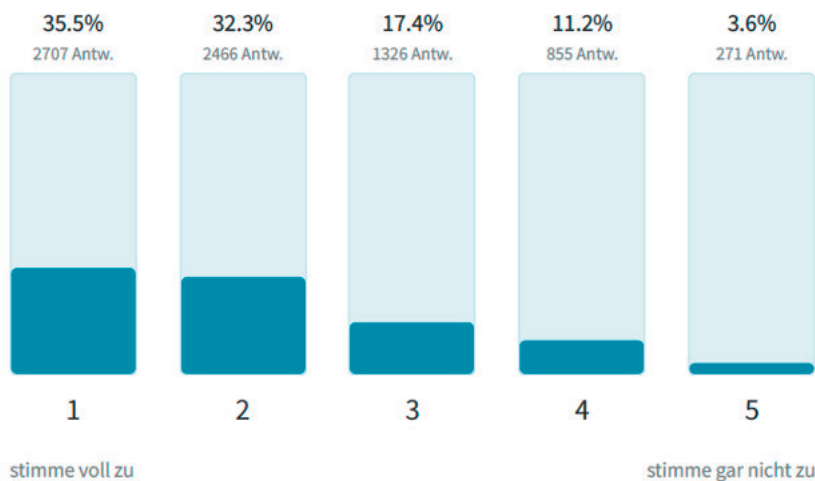
E-Mail:
johannes.kautz@abihome.de

Telefon:
+49 (0) 177 4201300

Ausgewählte Ergebnisse

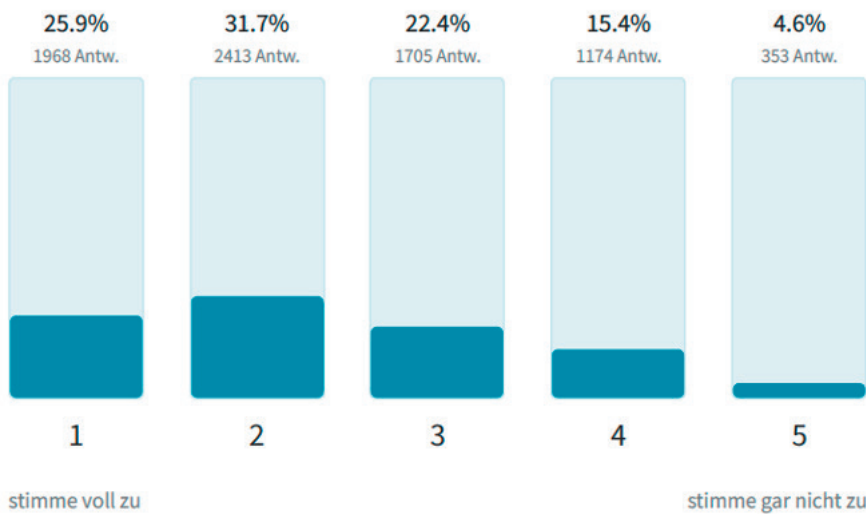
Die befragten Abiturientinnen und Abiturienten fühlten sich während der Corona-Pandemie mehrheitlich nicht ernst genommen (65% stimmen zu oder voll zu), attestierenden der Politik, kein Verständnis für ihre Interessen gehabt (67,8% stimmen zu oder voll zu) und keine Rücksicht auf sie genommen zu haben (62% stimmen zu oder voll zu).

„Die Politik hat kein Verständnis für die Interessen und Bedürfnisse von Schülerinnen und Schülern während der Pandemie.“



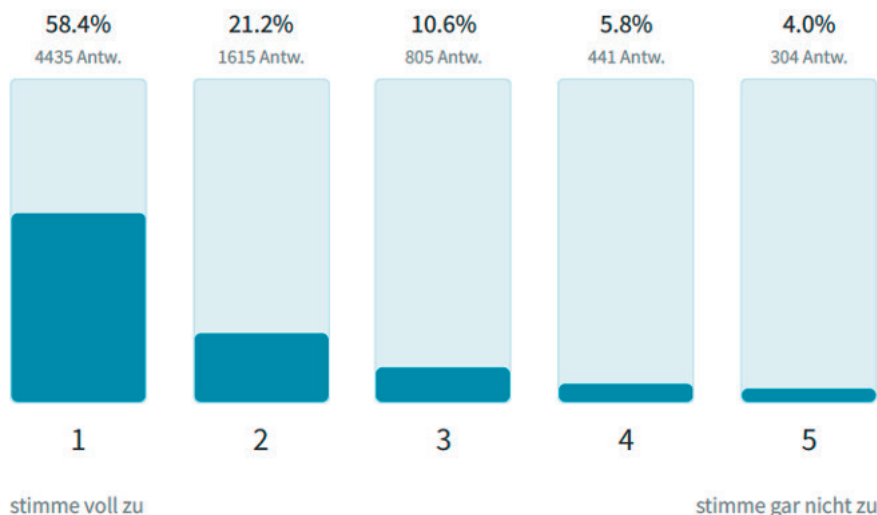
In der Folge stimmen 57,6 % der Erstwähler der Aussage (eher) zu „Ich fühle mich von der Politik während der Corona-Pandemie allein gelassen“ und geben zu 47,4 % ganz oder teilweise an, „von der Politik sehr enttäuscht“ zu sein.

„Ich fühle mich von der Politik während der Corona-Pandemie allein gelassen.“



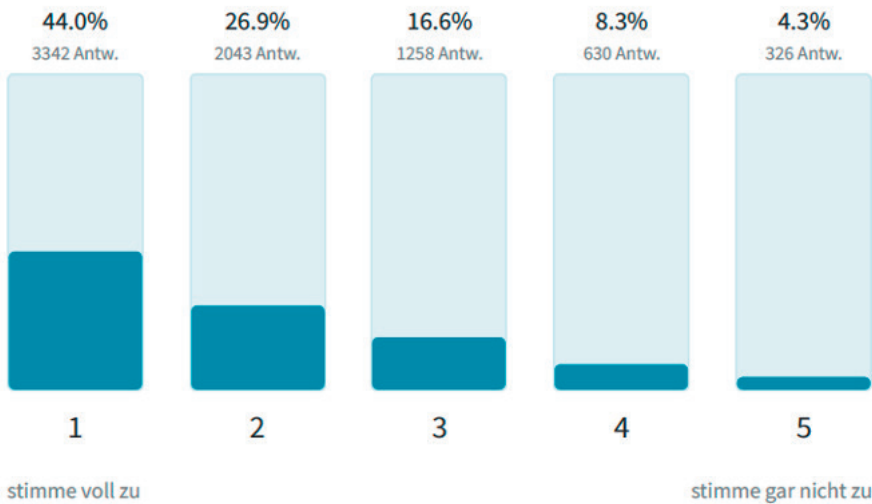
Als Treiber dieser Enttäuschung und Frustration spielt hier die Bildungspolitik der Länder eine besondere Rolle: Sowohl in Hinblick auf die Organisation der Abiturprüfung als auch in Hinblick auf die Kommunikation zwischen Bildungsministerien und Schulen wird die Bildungspolitik während der Corona-Pandemie von den Absolventinnen und Absolventen der letzten beiden Abiturjahrgänge sehr schlecht bewertet. So stimmen 79,6 % der Befragten der Aussage „Die Politik hätte viel früher eine Lösung für das diesjährige Abitur finden müssen“ und 80,3 % der Aussage „Die Kommunikation zwischen der Politik und den Schulen war schlecht“ zu oder voll zu.

„Die Politik hätte viel früher eine Lösung für das diesjährige Abitur finden müssen.“



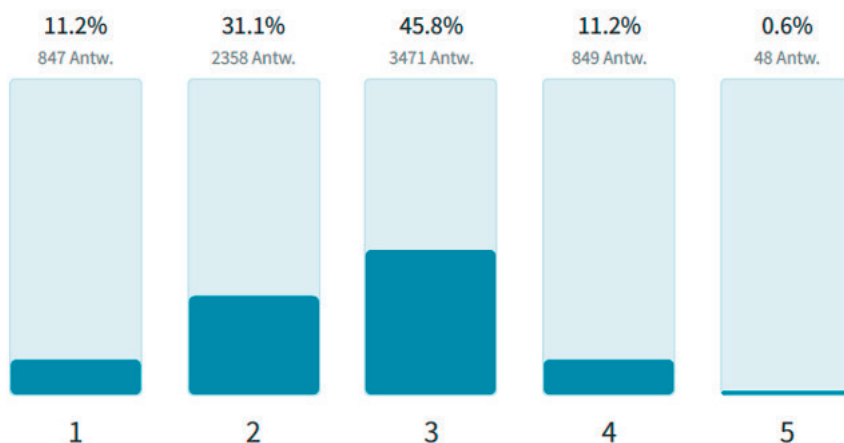
72% sind (eher) der Meinung, dass die Belastung des Abiturs während der Corona-Pandemie von der Politik unterschätzt wurde und als Konsequenz die Ungleichheit zwischen den Schülerinnen und Schülern noch verstärkt wurde (70,9 % stimmen zu oder voll zu).

„Das Krisenmanagement der Politik hat die Ungleichheit zwischen den Schülerinnen und Schülern noch verstärkt.“

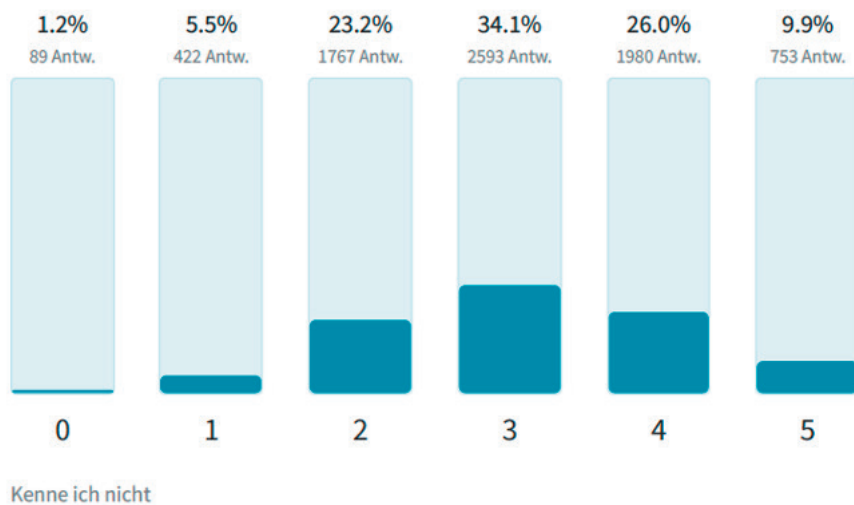


Dabei scheinen die jungen Erwachsenen zwischen den Politikebenen zu unterscheiden: So wird das Krisenmanagement der Politik zwar insgesamt eher negativ beurteilt, dasjenige der Bundesregierung und der Bundeskanzlerin allerdings eher neutral bis positiv.

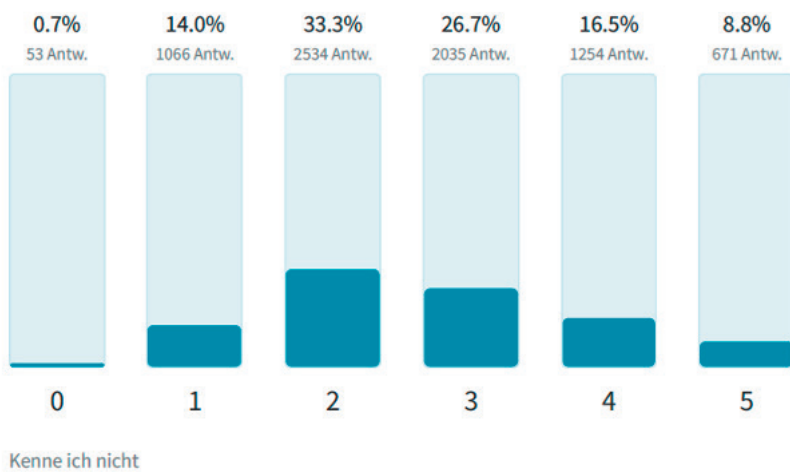
*„Wie bewertest Du das Krisenmanagement der Politik insgesamt?“
(1 = sehr schlecht, 5 = sehr gut)*



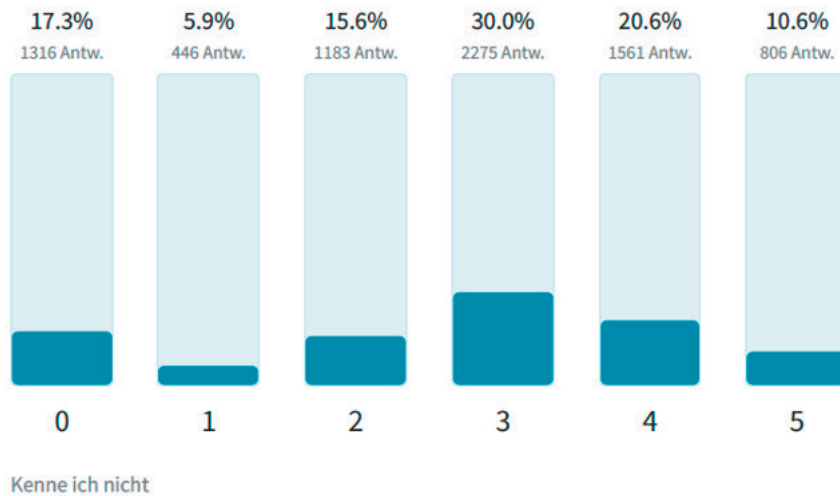
(Beurteilung des Krisenmanagements von:) „Bundesregierung“ (0 = Kenne ich nicht, 1 = sehr gut, 5 = mangelhaft)



(Beurteilung des Krisenmanagements von:) „Bundeskanzlerin Angela Merkel“ (0 = Kenne ich nicht, 1 = sehr gut, 5 = mangelhaft)

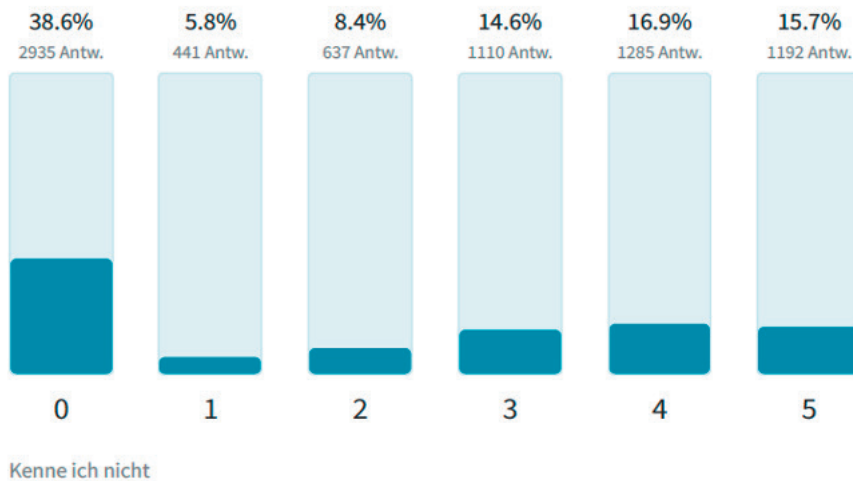


(Beurteilung des Krisenmanagements von:) „Bundesfinanzminister Olaf Scholz“ (0 = Kenne ich nicht, 1 = sehr gut, 5 = mangelhaft)

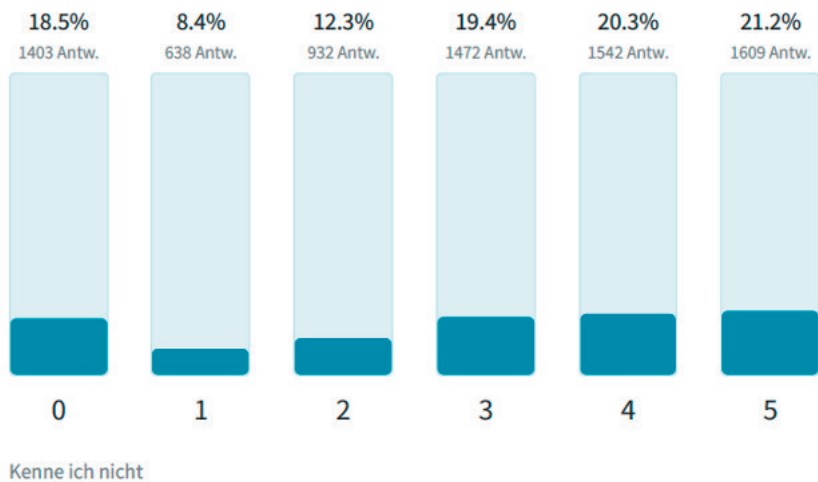


Dagegen wird das Krisenmanagement von Politiker*innen der Bildungspolitik schlecht beurteilt.

(Beurteilung des Krisenmanagements von:) Bildungsministerin Anja Karliczek (0 = Kenne ich nicht, 1 = sehr gut, 5 = mangelhaft)

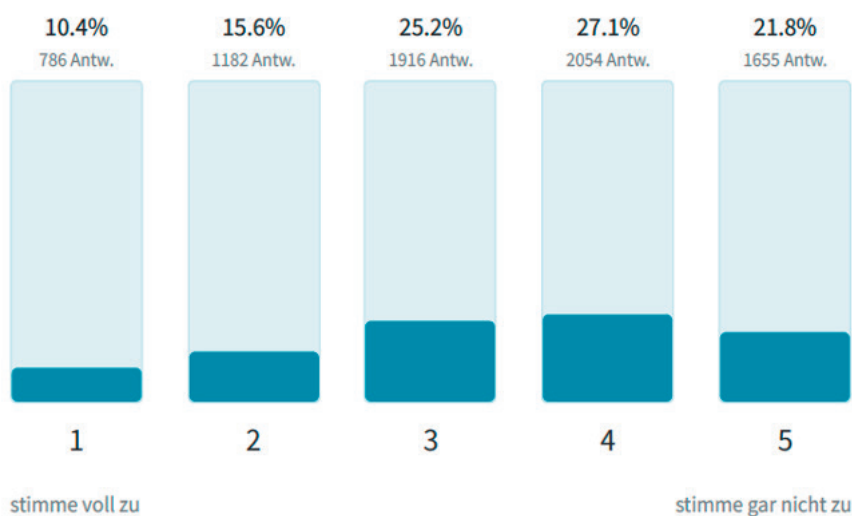


(Beurteilung des Krisenmanagements von:) „Bildungsminister*in Deines Bundeslandes“ (0 = Kenne ich nicht, 1 = sehr gut, 5 = mangelhaft)

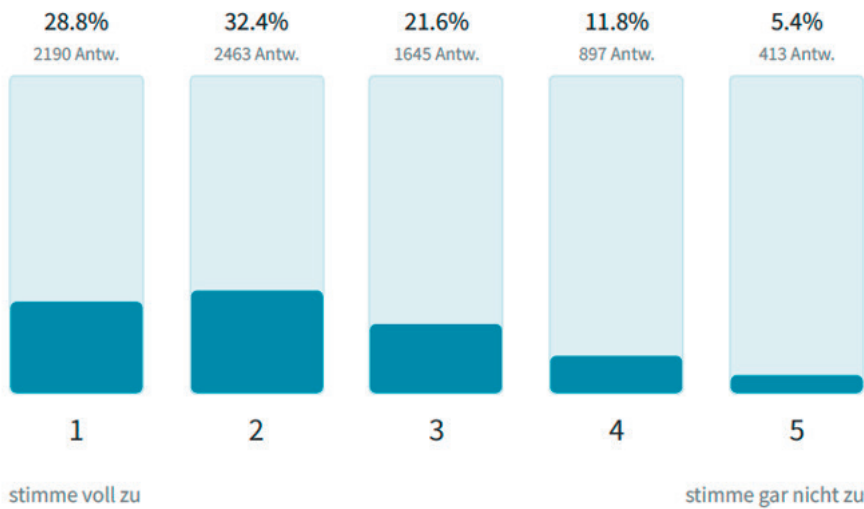


Als zweiter Treiber politischer Frustration bei Erstwähler*innen scheinen intergenerationale Konflikte in Frage zu kommen. Während fast die Hälfte der befragten Erstwähler*innen der Meinung sind, dass die Forderung nach Solidarität mit älteren Menschen während der Pandemie gerechtfertigt war (48,9% stimmen zu oder voll zu), schätzen sie ebenfalls mehrheitlich das Verhalten älterer Menschen als nicht solidarisch ein. 51,2% stimmen der Aussage (eher) zu, dass sich „Ältere Menschen [...] gegenüber meiner Generation nicht solidarisch zeigen.“

„Die Forderung, dass sich junge Menschen mit älteren Menschen solidarisch zeigen müssen, ist nicht gerechtfertigt.“

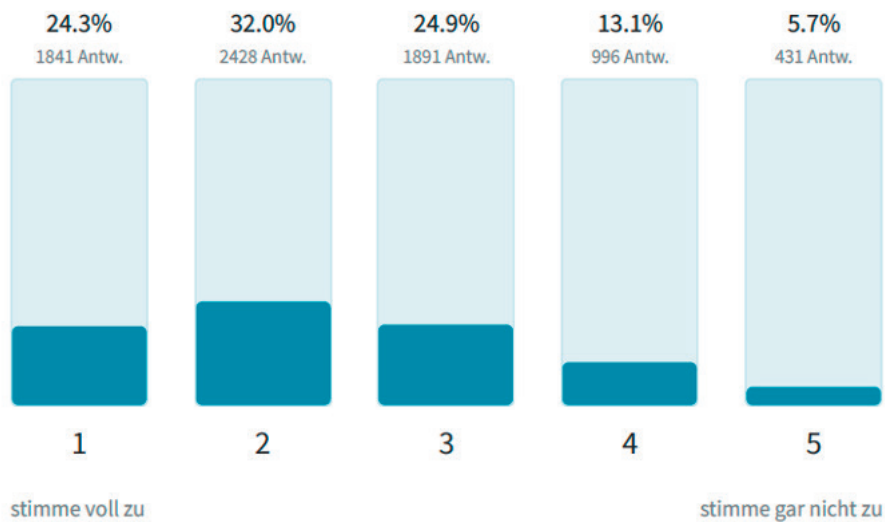


„Ältere Menschen zeigen sich gegenüber meiner Generation nicht solidarisch.“

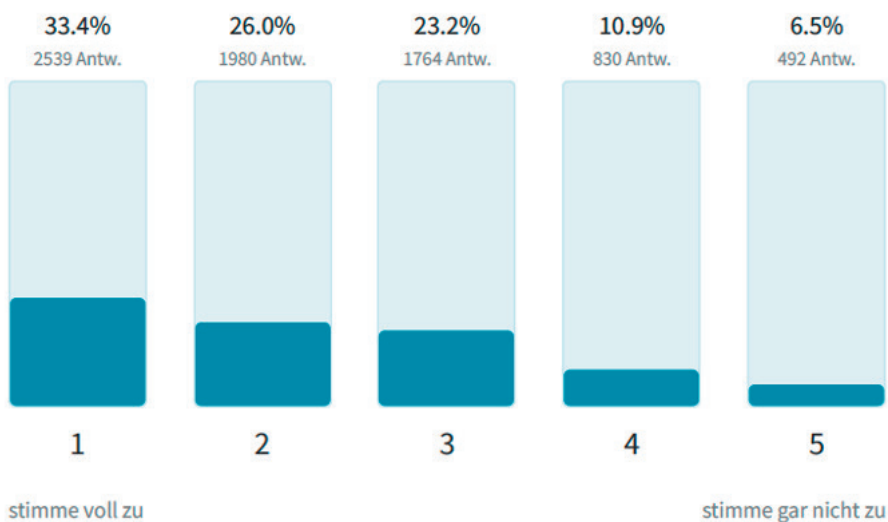


Hierbei scheint insbesondere das Verhalten älterer Menschen während der Pandemie als auch das ihr Verhalten in Hinblick auf die Klimakrise eine große Rolle zu spielen.

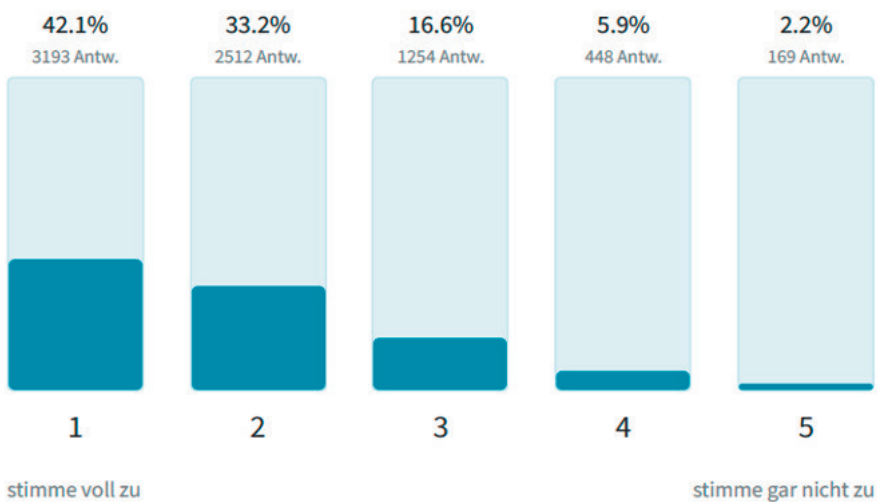
„Ältere Menschen halten sich selbst nicht an Corona-Schutzmaßnahmen.“



„Ältere Menschen tragen mit Ihrem Verhalten zur Klimakrise bei.“



Der Aussage „Die Kosten der Corona-Pandemie werden der jüngeren Generation aufgebürdet, wichtige Investitionen in ihre Zukunft, zum Beispiel in den Bereichen Bildung und Klimaschutz dafür zurückstellt.“ Stimmen 75,3% der Befragten (voll) zu.



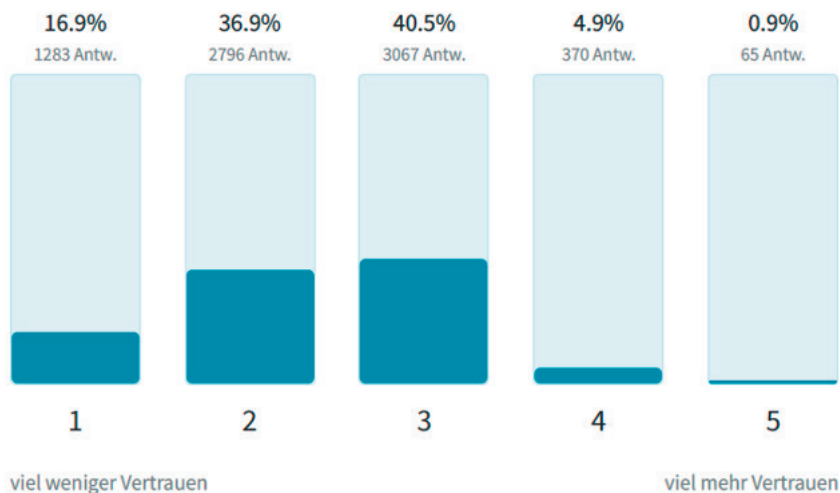
Dass neben der Bildungspolitik während der Corona-Pandemie die Angst vor den Folgen des Klimawandels eine Ursache politischer Frustration bei Erstwählern darstellt, legt auch die direkte Frage nach Sorgen vor extremen Auswirkungen des Klimawandels nahe, die 83% der befragten Abiturientinnen und Abiturienten der letzten beiden Jahrgänge zustimmend beantworten.

Hast Du Sorge, dass der Klimawandel die Erde unbewohnbar machen könnte?



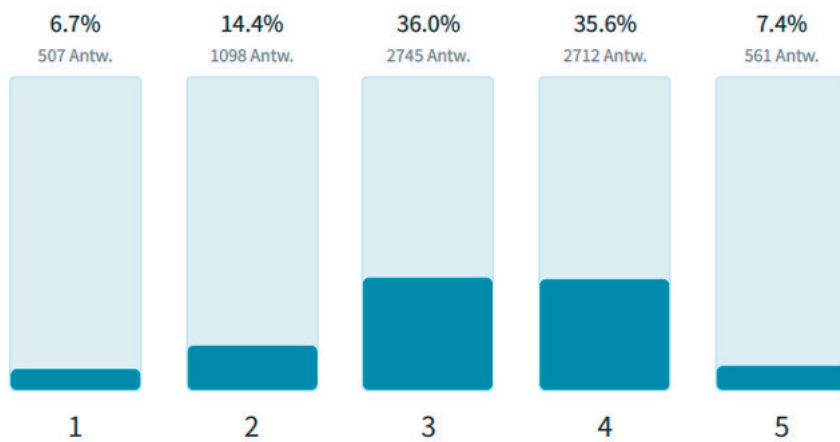
Insgesamt berichten die Befragten, der Politik (viel) weniger zu Vertrauen als vor der Pandemie.

Hat sich Dein Vertrauen in das politische System der Bundesrepublik Deutschland durch die Politik der letzten eineinhalb Jahre verändert?

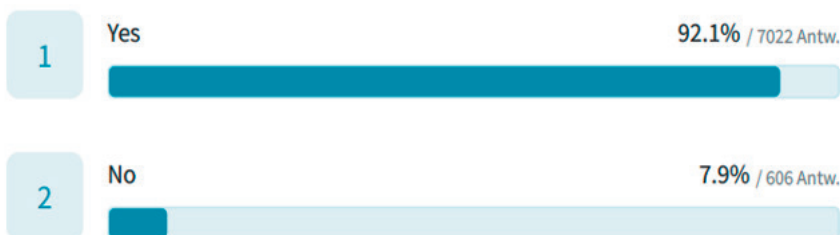


Dennoch überwiegt die Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland, was sich auch in der sehr hohen Wahlbereitschaft der Erstwähler ausdrückt.

Wie unzufrieden oder zufrieden bist Du – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht? (1 = sehr unzufrieden, 5 = sehr zufrieden)



Gehst Du bei der nächsten Bundestagswahl wählen?



Nach einer Parteipräferenz bei der Bundestagswahl gefragt, gaben die jungen Erwachsenen zu 29,7% an, Bündnis 90 / Die Grünen, zu 14,6% die FDP, zu 10,5% die SPD, zu 7,8% die Linke, zu 5% die CDU/CSU, zu 2,7% die Partei und zu 1,8% die AfD wählen zu wollen. 25,8% gaben an, noch unentschlossen zu sein.

Von den 7,9% der Befragten, die angaben, nicht wählen zu gehen, sind 42,8% zum Zeitpunkt der Bundestagswahl noch nicht wahlberechtigt. Weitere 23,4 % haben kein Wahlrecht, weil sie keine deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Die restlichen Befragten gehen aus inhaltlichen Gründen nicht wählen: So geben 23,1% an, dass keine der Parteien sie anspricht, 17,5% finden die Kanzlerkandidaten nicht ansprechend und 15,9% geben an, im Moment so von der Politik enttäuscht zu sein, dass sie nicht wählen gehen möchten. 11% sind der Meinung, dass wählen „eh nichts“ bringt und 5,1% interessieren sich nicht für die Wahl.

Kontakt

Tim Rogge,
Fakultät für Kulturwissen-
schaften der Universität
Paderborn

E-Mail:
tim.rogge@upb.de

Telefon:
+49 (0) 175 1117727

Johannes Kautz,
Abihome GmbH

E-Mail:
johannes.kautz@abihome.de

Telefon:
+49 (0) 177 4201300